

Steuerpolitik

Keine zusätzlichen Belastungen durch Steuererhöhungen

Mehrwertsteuer

Bei jedem Lebensmitteleinkauf fließen 7 % des Kaufpreises über die Mehrwertsteuer in die Staatskasse; bei einigen Lebensmitteln und Getränken sogar 19 %. Der Mehrwertsteuersatz ist aus gutem Grund traditionell ermäßigt, damit Haushalte, die über geringe Einkommen verfügen, bei der Deckung ihres Grundbedarfes nicht überproportional belastet werden. Gerade Haushalte mit Kindern und niedrigen Einkommen müssen größere Anteile ihres Haushaltseinkommens für Ernährung ausgeben. Die Anhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes wäre deshalb eine Sondersteuer für diese Menschen und würde die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnen. Die Erhöhung der Hartz IV-Sätze wäre eine unmittelbare und auch logische Konsequenz.

Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre der private Konsum unmittelbar beeinträchtigt, der in der gegenwärtigen Rezession die wichtigste Konjunkturstütze ist. Die leichtfertig ins Spiel gebrachten Milliardeneinnahmen aus einer Steuererhöhung würden in angenommener Höhe gar nicht fließen, da Konsumzurückhaltung und direkte Zuschüsse an Bedürftige gegen zu rechnen wären.



„Es kann nicht sein, dass die Kosten der milliardenschweren Rettungspakete für den Banken- und Automobilsektor über eine Mehrwertsteuererhöhung von Ernährungsindustrie und Verbrauchern getragen werden sollen. Der private Konsum muss gestärkt werden, damit wir die Rezession überwinden.“

Rainer Thiele, Vorsitzender des Beirates, KATHI R. Thiele GmbH

Spezielle Verbrauchsteuern

In der gesellschaftlichen und politischen Debatte über Fragen der Ernährungs- und der Alkoholpolitik wird immer wieder das Instrument der speziellen Verbrauchsteuern diskutiert, um den Konsum in bestimmte – politisch gewünschte – Richtungen zu lenken. Die Erfahrung zeigt aber, dass Verbrauchsteuern vornehmlich einzelne Lebensmittel für alle Verbraucher verteuern, ohne jedoch missbräuchlichen Konsum zu verhindern. Ein eigenverantwortlicher Umgang mit Alkohol, vor allem bei Jugendlichen, wird damit aber nicht erreicht. Auch die Stigmatisierung bestimmter Lebensmittel als vermeintliche Dickmacher kann keinen ursachengerechten Beitrag zur Übergewichtsproblematik leisten. Einzig Aufklärung und Erziehung sind der richtige – wenn auch mühsame – Weg zu einem ausgewogenen und gesundheitsbewussten Lebensstil. Als Instrumente der Verbraucherpolitik sind Verbrauchsteuern deshalb abzulehnen.

Steuerreform

Für den privaten Konsum wird entscheidend sein, ob es der nächsten Regierung angesichts steigender Staatsverschuldung gelingt, dennoch die Kraft zu einer Einkommensteuerreform zu finden, die den Arbeitnehmern mehr "Netto vom Brutto" lässt. Mittlere Einkommen werden bei den heutigen Tarifen überproportional belastet und Lohnzuwächse frisst die „kalte Progression“. Der linear-progressive Einkommensteuertarif muss deshalb abgesenkt und abgeflacht werden.

Unternehmen brauchen Rahmenbedingungen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Ziel einer nachhaltigen Steuerpolitik muss es deshalb sein, die Steuerbelastung der Unternehmen zu senken, das Steuersystem zu vereinfachen und Personen- und Kapitalgesellschaften steuerlich gleich zu stellen. Die Absenkung der Steuern und Sozialabgaben bleibt weiter eine zentrale Forderung, insbesondere aus Sicht des Mittelstandes und der Familienunternehmen.

BVE-Forderungen in Kürze

- Keine Mehrwertsteuererhöhung bei Lebensmitteln.
- Keine Verbrauchsteuern zur Diskriminierung einzelner Lebensmittel.
- Mehr Netto vom Brutto durch Einkommensteuerreform.
- Gleichstellung von Personen- und Kapitalgesellschaften bei der Unternehmensbesteuerung mit Entlastung für den Mittelstand.